

Zum Ukrainekrieg

Überarbeitete Eckpunkte nach Diskussion im Attac-Rat am 2.7.2022

1. Nur eine Friedensbewegung, die die Aggression Russlands klar benennt, ist glaubwürdig und kann Kern einer breiten gesellschaftlichen Bewegung gegen das 100-Milliarden-Paket der Bundesregierung werden.
2. Die Souveränität der Ukraine ist nicht – wie von Russland beabsichtigt – verhandelbar. Die Ukraine hat – laut UN-Charta auch völkerrechtlich – das Recht, sich gegen den russischen Überfall zu verteidigen, sich dafür Waffen zu verschaffen und andere Länder um Unterstützung zu bitten.
3. Ein direktes militärisches Eingreifen von NATO-Staaten erhöht jedoch das Risiko einer Eskalation bis hin zu einem Atomkrieg.
4. Sanktionen sind ein wichtiges Druckmittel unterhalb der Schwelle des militärischen Eingreifens.
5. Versuche, Russland über den Rückzug aus der Ukraine in den Grenzen von 2013 hinaus als relevanten Machtfaktor zu beseitigen, würden nicht der Friedenssicherung dienen, sondern zu verstärkter geopolitischer Unsicherheit führen.
6. Der Krieg in der Ukraine fördert militarisierte toxische Männlichkeit und zementiert patriarchale Strukturen. Die Rolle von Frauen wird verstärkt auf Sorge- und Reproduktionsarbeit reduziert.
7. Geflüchtete sind aufzunehmen und gleich zu behandeln, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder sexuellen Orientierung und Identität. Verweigerung des Wehrdienstes muss unabhängig von der Staatsangehörigkeit als Menschenrecht und Asylgrund in Deutschland anerkannt werden.
8. Alternative Konzepte aktiven gewaltfreien Widerstandes jenseits bewaffneter Verteidigung (z. B. das Konzept „Soziale Verteidigung“) müssen ernsthaft in breiter Öffentlichkeit diskutiert und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.
9. Angesichts eines drohenden Zermürbungskrieges auf Kosten unzähliger Menschenleben, gesellschaftlicher Ressourcen und des Weltklimas sind verstärkte Bemühungen um Verhandlungen unter Einbeziehung außereuropäischer Vermittler wie China und Indien sowie der UNO und der OSZE anzustreben.
10. Basis könnten die Vorschläge der Ukraine vom März bzw. die jüngsten Vorschläge Italiens sein: Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine und Verhandlungen über die Krim und den Donbass.
11. Die Kritik an der russischen Aggression relativiert in keiner Weise unsere Kritik an den militärischen Aktionen und Kriegen der NATO-Staaten. Ein Aufrechnen im Stile des „Whataboutism“ führt zu politischer Lähmung. Die Kopplung der Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO mit der Preisgabe des Schutzes von Menschen, die sich für ein unabhängiges Kurdistan einsetzen, ist nicht hinnehmbar.
12. Der Krieg in der Ukraine ist kein singuläres Ereignis. NATO-Osterweiterung sowie Aufkündigung von internationalen Rüstungsbegrenzungs- und -kontrollverträgen haben nicht zur politischen Stabilisierung in Osteuropa beigetragen. Gleichwohl ist der Beitritt der baltischen Staaten und Polens in die NATO auf Grund ihrer historischen Erfahrungen nachvollziehbar.

13. Eine weitere Hochrüstung wie mit dem in Deutschland beschlossenen 100 Milliarden-Paket und den – längerfristig wirkenden – NATO-Vorgaben zu 2%-Militäretat stärkt die jeweiligen militärisch-industriellen Komplexe und verschärft die Kriegsgefahr. Das bestehende militärische Potential reicht zur gegenseitigen vielfachen Vernichtung längst aus, Produktion und Einsatz von militärischen Gütern verschärfen darüber hinaus die CO2 Bilanzen. Statt Geld in weitere Aufrüstung zu stecken, sollte sich die Bundesregierung für ernsthafte internationale Verhandlungen um Rüstungsabbau einsetzen.
14. Emanzipatorische Bewegungen sollten sich von militärischen Logiken lösen und die Debatte um das 100-Milliarden-Paket auf die Finanzierung eines sofortigen sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft lenken, der gemäß den neuesten Zahlen zur Klimaerwärmung keinen Aufschub mehr duldet.
15. Die gesellschaftliche Diskussion um Stopp von Gas, Öl und Kohle aus Russland kann dabei den Druck auf einen schnellen Ausstieg aus den fossilen und deren Ersatz durch erneuerbare Energien erhöhen. Diese Situation gilt es zu nutzen. Nutzung von Kohle, Atomstrom und LNG-Gas sind der falsche Weg.
16. Durch den Krieg spitzt sich die Verschuldungskrise sowohl in der Ukraine als auch, durch stark gestiegene Preise für Rohstoffe und Nahrungsmittel, in vielen weiteren bereits stark verschuldeten Staaten noch weiter zu. Für diese Staaten fordern wir das Ende einer Politik neoliberaler Strukturanpassungen und einen umfassenden Schuldenerlass.